

Tagungsübersicht über die Frühwarndokumente aktueller Subsidiaritätsprüfungsverfahren für die Sitzung des Europaausschusses
Stand: 14.10.2014 10:36 (L223)

Diese Tagungsübersicht gibt Ihnen eine Übersicht über aktuelle Rechtssetzungsvorhaben der EU-Kommission, die gem. Art. 5 EUV i.V.m. dem 1. und 2. Protokoll zum EUV den Verfahrensstand der Subsidiaritätskontrolle durch den Europaausschuss erreicht haben. Die zur Verfügung stehenden Dokumente der Rechtssetzungsvorhaben sowie die weiteren für die Prüfung relevanten bzw. unterstützenden Dokumente sind unter Angabe der Dokumentenbezeichnung auf Online-Datenbanken verschiedener Institutionen verlinkt, sofern diese Datenbanken zur Verfügung stehen.

Die nachstehenden Links geben Ihnen zudem die Möglichkeit, leicht auf die allgemeinen Dokumentenseiten bzw. Datenbanken zurückzugreifen und nach bereits abgeschlossenen Verfahren sowie weiteren Datenbeständen zu suchen:

[EU-Dokumente](#)

[Bundesratsdokumente](#)

[Vorblätter der Landesregierung zur Subsidiaritätskontrolle](#)

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/3513

KOM-Nr.	Frühwarndokumente	Fristende ¹	Termine	Ministerium
14-0465	<p>Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Errichtung einer Agentur der Europäischen Union für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung (CEPOL) und zur Aufhebung und Ersetzung des Beschlusses 2005/681/JI des Rates</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. COM (2014) 465 final 2. Bundesratsdokument 373/14, zu 373/14, besondere BR-Anmerkung 373/1/14 3. Vorblatt der Landesregierung 18/170 4. Beratung Landtag SH/Europaausschuss 5. weitere Informationen zur Subsidiaritätsprüfung 6. Stellungnahme der Landtagsverwaltung SH 	2014-11-25	<p>Fristbeginn: 30.09.2014 BR-Beratung: 10.10.2014/ 07.11.2014</p>	MIB

¹ Die Erklärung der Tabellenkategorien „Fristende“, „Termine“ und „Ministerium“ siehe bitte unten.

Tagungsübersicht über die Frühwarndokumente aktueller Subsidiaritätsprüfungsverfahren für die Sitzung des Europaausschusses
Stand: 14.10.2014 10:36 (L223)

14-0581	<p>Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Anforderungen in Bezug auf die Emissionsgrenzwerte und die Typgenehmigung für Verbrennungsmotoren für nicht für den Straßenverkehr bestimmte mobile Maschinen und Geräte</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. COM (2014) 581 final, Anhang 2. Bundesratsdokument 441/14, zu 441/14 3. Vorblatt der Landesregierung 18/169 4. Beratung Landtag SH/Europaausschuss 5. weitere Informationen zur Subsidiaritätsprüfung 6. Stellungnahme der Landtagsverwaltung SH 	2014-11-21	Fristbeginn: 26.09.2014 BR-Beratung: 10.10.2014/ 07.11.2014	MELUR
14-0558	<p>Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Tierarzneimittel</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. COM (2014) 558 final, Anhang 2. Bundesratsdokument 420/14, zu 420/14 3. Vorblatt der Landesregierung 18/168 4. Beratung Landtag SH/Europaausschuss 5. weitere Informationen zur Subsidiaritätsprüfung 6. Stellungnahme der Landtagsverwaltung SH 	2014-11-27	Fristbeginn: 02.10.2014 BR-Beratung: 10.10.2014/ 07.11.2014	MELUR
14-0557	<p>Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 zur Festlegung von Gemeinschaftsverfahren für die Genehmigung und Überwachung von Human- und Tierarzneimitteln und zur Errichtung einer Europäischen Arzneimittel-Agentur</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. COM (2014) 557 final 2. Bundesratsdokument 418/14, zu 418/14 3. Vorblatt der Landesregierung 18/167 4. Beratung Landtag SH/Europaausschuss 5. weitere Informationen zur Subsidiaritätsprüfung 6. Stellungnahme der Landtagsverwaltung SH 	2014-11-26	Fristbeginn: 01.10.2014 BR-Beratung: 10.10.2014/ 07.11.2014	MELUR

Tagungsübersicht über die Frühwarndokumente aktueller Subsidiaritätsprüfungsverfahren für die Sitzung des Europaausschusses
Stand: 14.10.2014 10:36 (L223)

14-0556	<p>Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Herstellung, das Inverkehrbringen und die Verwendung von Arzneifuttermitteln sowie zur Aufhebung der Richtlinie 90/167/EWG des Rates</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. COM (2014) 556 final, Anhang 2. Bundesratsdokument 417/14, zu 417/14 3. Vorblatt der Landesregierung 18/166 4. Beratung Landtag SH/Europaausschuss 5. weitere Informationen zur Subsidiaritätsprüfung 6. Stellungnahme der Landtagsverwaltung SH 	2014-11-11	Fristbeginn: 16.09.2014 BR-Beratung: 19.09.2014/ 10.10.2014/ 07.11.2014	MELUR
14-0397	<p>Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinien 2008/98/EG über Abfälle, 94/62/EG über Verpackungen und Verpackungsabfälle, 1999/31/EG über Abfaldeponien, 2000/53/EG über Altfahrzeuge, 2006/66/EG über Batterien und Akkumulatoren sowie Altbatterien und Altakkumulatoren sowie 2012/19/EU über Elektro- und Elektronik-Altgeräte</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. COM (2014) 397 final 2. Bundesratsdokument 308/14, zu 308/14 3. Vorblatt der Landesregierung 18/163 4. Beratung Landtag SH/Europaausschuss 5. weitere Informationen zur Subsidiaritätsprüfung <ol style="list-style-type: none"> a) Niederösterreichischer Landtag, Antrag zur Beschlussfassung einer Stellungnahme, Hinweis: Subsidiaritätsbedenken. 6. Stellungnahme der Landtagsverwaltung SH 	2014-10-06	Fristbeginn: 10.07.2014 BR-Beratung: 11.07.2014/ 19.09.2014	MELUR

Tagungsübersicht über die Frühwarndokumente aktueller Subsidiaritätsprüfungsverfahren für die Sitzung des Europaausschusses

Stand: 14.10.2014 10:36 (L223)

Erklärung der Tabellenkategorien

1. Das Fristende gibt das Datum an, zu dem die Subsidiaritätsbedenken bei der EU-Kommission in Form einer begründeten Stellungnahme schriftlich geltend gemacht werden müssen, um im Rahmen des EU-Rechtssetzungsverfahrens förmlich berücksichtigt werden zu können. Diese begründete Stellungnahme gibt nach Maßgabe der bundesstaatlichen Ordnung des Grundgesetzes der Bundesrat ab. Der Landtag kann allerdings die Landesregierung durch Plenarbeschluss auffordern, im Bundesrat die Subsidiaritätsbedenken des Landtages vorzutragen und einen Beschluss des Bundesrates herbeizuführen, der die Verletzung des Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprinzips in Form der begründeten Stellungnahme gegenüber der EU-Kommission geltend macht.
2. Der Punkt „Termine“ bezeichnet unter „Fristbeginn“ den Beginn der Frist für die Prüfung der Subsidiaritätsverletzung. Die Frist beginnt mit Zuleitung der KOM-Dokumente des EU-Rechtssetzungsvorhabens an die nationalen Parlamente, zu denen aus Sicht des EU-Rechts auch der Bundesrat gehört. Die Vertretung des Landes SH beim Bund in Berlin leitet die entsprechenden Unterlagen an den Landtag SH weiter. Die Frist beträgt 8 Wochen, wobei nach Mitteilung der EU-Kommission der Monat August nicht mitgerechnet wird. Der Punkt „BR-Beratung“ gibt die Beratungstermine des Bundesrates an, zu denen das jeweilige EU-Rechtssetzungsvorhaben auf dessen Tagesordnung stehen kann und eine oben genannte Aufforderung des Landtages Berücksichtigung finden könnte.
3. Der Punkt „Ministerium“ bezeichnet das federführende Ministerium des Landes SH, welches das jeweilige Vorblatt der Landesregierung zur Subsidiaritätskontrolle des jeweiligen EU-Rechtssetzungsvorhabens unter Mitwirkung des Europa-Ministeriums ausfüllt und dem Landtag dann zuleitet.